

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht

Der Regierungsrat begrüsst im Grundsatz die geplanten Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement festhält. Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte soll eine nicht bindende materielle Vorprüfung von Volksinitiativen eingeführt werden. Diese Vorprüfung findet vor der Unterschriftensammlung statt. Untersucht wird die Vereinbarkeit des Initiativbegehrens mit dem Völkerrecht sowie zusätzlich mit dem Kerngehalt der Grundrechte. Im Sinne der Transparenz sollen das Initiativkomitee und die Stimmberechtigten frühzeitig über einen allfälligen Widerspruch des Initiativbegehrens mit dem Völkerrecht informiert werden. Dabei wird das Ergebnis der Prüfung im Internet publiziert und ist auf den Unterschriftenbogen zu vermerken. Im Weiteren sollen mit einer Verfassungsänderung die grundrechtlichen Kerngehalte als zusätzliche Schranke für Verfassungsrevisionen dienen. Eine Volksinitiative, die diesen fundamentalen Werten unserer Verfassung widerspricht, müsste die Bundesversammlung künftig als ungültig erklären.

Das materielle Vorprüfungsverfahren durch die Bundesstellen wird von der Regierung als eher kritisch beurteilt. Es ist fraglich, wie sich dieses Verfahren in der Praxis sinnvoll abwickeln lässt. Falls die Differenzen zwischen Initiativkomitee und Behörden nicht überbrückt werden könnten, würde das materielle Vorprüfungsverfahren abgeschlossen und das Ergebnis der Prüfung mit einem Standardvermerk auf den Unterschriftenbogen angebracht. Es erscheint eher unwahrscheinlich, dass diese Massnahme zum Ziel führt und von den Unterschriftswilligen überhaupt beachtet würde.

Schnellere Zustellung der Unterlagen für Nationalratswahlen

Der Regierungsrat stimmt - in Übereinstimmung mit der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz - der vorgeschlagenen Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte grundsätzlich zu, wie er in seiner Vernehmlassung an die Bundeskanzlei festhält. Hauptpunkt der Gesetzesrevision sind unaufschiebbare Neuerungen im Nationalratswahlrecht. Es soll verstärkt die EDV zum Einsatz kommen. Zudem soll sichergestellt werden, dass die Stimmberechtigten die Wahlunterlagen früher als heute erhalten. Weiter werden Verbesserungen für die Stimmrechtsbescheinigungen von Volksbegehren vorgeschlagen.

Neu soll eine Präzisierung der Kandidatenangaben bei Nationalratswahlen erreicht werden. Das ist grundsätzlich positiv zu werten. Der Vorschlag, für jede Kandidatur durch die Kantone eine im Einwegverfahren erstellte, sog. gehashte, nicht zurückrechenbare Nummer auf der Basis der AHV-Versichertennummer zu beschaffen, wird jedoch - in Übereinstimmung mit der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz - abgelehnt. Die Einführung eines derartigen Systems hätte für die Kantone einen massiven Mehraufwand bei der Einführung und beim Betrieb zur Folge.

Der Regierungsrat anerkennt den Handlungsbedarf bezüglich der Stimmrechtsbescheinigungen bei Volksbegehren. Neu soll eine Garantie für die Stimmrechtsbescheinigung für alle Un-

terschriften geschaffen werden, die vor Ablauf von vier Fünfteln der Frist dafür eingereicht worden sind. Nach Ansicht der Regierung ist es aber fraglich, ob damit für Referendums- und Initiativkomitees ein echter Anreiz geschaffen wird, frühzeitig Unterschriften zu sammeln und einzureichen.

Regierung erteilt Bewilligung für TORTOUR 2013

Der Regierungsrat bewilligt die Durchführung der TORTOUR 2012 vom 15. bis 18. August 2013 durch Gebiete des Kantons Schaffhausen. Der Prolog findet am 15. August 2013 am Rheinfall statt. Die Zielankunft erfolgt am 17./18. August 2013 in Schaffhausen. Die Fahrer werden während der TORTOUR 2013 daneben noch die Gemeinden Stein am Rhein und Rüdlingen durchfahren.

Regierung erteilt Bewilligung für Etappe der MountainBIKE Trans Schwarzwald 2013

Der Regierungsrat bewilligt die Durchführung der 4. Etappe der VAUDE MountainBIKE Trans Schwarzwald 2013 durch Gebiete des Kantons Schaffhausen. Die 4. Etappe am 17. August 2013 führt von Engen nach Murg. Der Tour-Tross wird dabei die Gemeinden Beggingen, Schleithelm und Hallau durchfahren.

Dienstjubiläen

Der Regierungsrat hat Roland Ruggeri, Mitarbeiter Technischer Dienst bei den Spitälern Schaffhausen, Rolf Schlatter, Projektleiter Spezialprojekte beim Tiefbauamt, und Andreas Zehnder, Fachberater Agronomie beim Landwirtschaftsamt, die am 1. Juli 2013 das 25-jährige Dienstjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Schaffhausen, 18. Juni 2013
Nr. 28/2013

Staatskanzlei Schaffhausen